

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katrin Helling-Plahr, Michael Theurer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Reginald Hanke, Markus Herbrand, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Oliver Luksic, Alexander Müller, Matthias Nölke, Frank Schäffler, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP

Hebammen-Expertengespräch im Bundesministerium für Gesundheit

Die Bundesregierung hat im Januar 2020 auf die Schriftliche Frage 77 der Abgeordneten Katrin Helling-Plahr auf Bundestagsdrucksache 19/16951 hin angekündigt, im Februar 2020 ein Expertengespräch zur Verbesserung der Arbeitssituation von in Krankenhäusern tätigen Hebammen und Entbindungspflegern im Bundesministerium für Gesundheit abhalten zu wollen (<https://www.aerztezeitung.de/Politik/BMG-laedt-zum-Hebammen-Expertengespraech-406127.html>).

Anlass dafür war ein vom Bundesministerium für Gesundheit in Auftrag gegebenes und im Januar 2020 veröffentlichtes Gutachten des IGES-Instituts (https://www.iges.com/kunden/gesundheit/forschungsergebnisse/2020/hebammen/index_ger.html), dessen Ergebnis unter anderem war, dass rund 40 Prozent der Hebammen über eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit und 25 Prozent über eine komplette Aufgabe ihres Berufs nachdenken (<https://www.aerztezeitung.de/Politik/Viele-Hebammen-denken-ueber-Berufsaufgabe-nach-405614.html>).

Das Expertengespräch sollte gemäß Antwort der Bundesregierung auf die genannte Einzelfrage dazu dienen, unter Einbeziehung der Expertise relevanter Akteure und Verbände zu evaluieren, wie die Arbeitssituation für Hebammen und Entbindungspfleger nachhaltig verbessert werden kann.

Für werdende Eltern ist der Zugang zu einer qualitativ hochwertigen geburts-hilflichen Versorgung aus Sicht der Fragesteller essenziell. Sie sicherzustellen setzt voraus, dass zum einen erfahrene Hebammen und Entbindungspfleger ihre Tätigkeit nicht aufgeben. Zum anderen müssen junge Menschen für eine Tätigkeit in der Geburtshilfe gewonnen werden. Daher ist es in der Tat unerlässlich, unter Mitwirkung der betroffenen Hebammen und Entbindungspfleger auf eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitssituation hinzuwirken.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wann hat das im Januar 2020 angekündigte und für Mitte Februar 2020 angesetzte Hebammen-Expertengespräch im Bundesministerium für Gesundheit stattgefunden?

2. Welche Akteure und Verbände sind zu dem Expertengespräch eingeladen worden bzw. haben daran teilgenommen?
3. Welche konkreten Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitssituation von Hebammen und Entbindungspflegern wurden während des Expertengesprächs gemacht, und von wem im Einzelnen genau?
4. Hat die Bundesregierung bereits eine Bewertung der gemachten Vorschläge vorgenommen?
 - a) Wenn ja, mit jeweils welchem Ergebnis, und welcher Begründung?
 - b) Wenn nein, wann ist mit einer solchen Bewertung zu rechnen?
5. Plant die Bundesregierung basierend auf den Ergebnissen des Expertengesprächs konkrete Maßnahmen?
 - a) Wenn ja, welche?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
6. Sind für die Zukunft weitere entsprechende Expertengespräche geplant?
Wenn ja, wann sollen sie stattfinden?

Berlin, den 12. Juni 2020

Christian Lindner und Fraktion